

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 43 (1949)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Schweizerische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gerufen hat. Aber man täte doch besser, den an sich gewiß betrüblichen Zwischenfall auch von der anderen Seite her anzusehen. Die Zeiten sind eben vorbei, da fremde Kriegsschiffe, ohne um Erlaubnis zu fragen, ins Herz Chinas vorstoßen konnten, auch wenn sie, wie diesmal, einen friedlichen Auftrag hatten. Noch 1920 halfen britische Kriegsschiffe Chiang Kai-Shek, die chinesische Revolution zu ersticken. Heute sind die revolutionären Kräfte endgültig siegreich — nicht nur gegen Chiang Kai-Shek, der vergeblich immer noch auf ausländisches Eingreifen spekuliert, sondern auch gegen den europäisch-amerikanischen Imperialismus, der hundert Jahre lang China demütigen und ausplündern konnte, aber künftig mindestens hier nichts mehr zu suchen hat. Dafür erlebt die Sowjetunion in China eine Genugtuung, die sie ihre Niederlage in Europa im gleichen Grade verschmerzen lassen dürfte, wie die Ereignisse im Fernen Osten an Bedeutung über diejenigen in Berlin und Umgebung hinausgehen. Revanche der Weltgeschichte!

3. Mai.

Hugo Kramer.

## Schweizerische Rundschau

**Auf- und Abrüstung** Je gefährlicher sich jeweilen die internationale Lage zuspitzt, desto kritischer, das heißt desto mehr zu Entscheidungen drängend, wird immer auch die Lage der Schweiz. Die Reaktion von Volk und Behörden auf die trotz der augenblicklichen Entspannung im ganzen doch weiterbestehende Kriegsgefahr ist natürlich auch jetzt wieder durchaus die hergebrachte und scheinbar einfachste: Man zieht sich um so tiefer in sein neutrales Schneckenhaus zurück — wenn auch mit dekorativer Ausstreckung der Fühler in harmlose, ja ergiebige Bezirke: Amerikahilfe, neue Rotkreuzkonvention, Flüchtlingsfürsorge usw. — und verstärkt gleichzeitig seinen Rüstungspanzer wieder um ein paar Schichten für den Fall, daß es über kurz oder lang doch ernst gelten sollte. Die glatte Annahme der neuen Militärorganisation und der Vorlage über die zweite Serie Vampirflugzeuge durch den Nationalrat während seiner Frühjahrstagung, bei gleichzeitiger Ablehnung einer bescheidenen Solderhöhung für Soldaten und Unteroffiziere (sie hätte 3,5 Millionen Franken gekostet, bei fast 500 Millionen Rüstungsausgaben insgesamt), kennzeichnet diese Haltung ein weiteres Mal; soviel wir bemerkt haben, ist auch kein einziger Sozialdemokrat im Rat offen und mit Ziehung der Konsequenzen gegen diese «Erhöhung der Wehrbereitschaft der Schweiz» aufgetreten, wenn man es auch immerhin nicht unterlassen hat, seine (unverbindlichen) «Bedenken» insbesondere gegen die Anschaffung der englischen Flugzeuge zu äußern, deren Brauchbarkeit im Kriegsfall ja auch wirklich etwas fragwürdig ist. Auf die gleiche Linie gehört die erneute Weigerung des Bundesrats, die *Ausfuhr von Kriegsmaterial* aus der Schweiz zu verbieten, so wie das die primitivste Moralität und die einfachste Rücksicht auf das Ansehen der «friedfertigen», «neutralen» Schweiz fordert. Die «Verschärfung» der Bedingungen, unter denen künftig die Ausfuhr von Waffen und Munition bewilligt werden soll, ist ja wirklich nicht ernst zu nehmen, besonders wenn die bewilligende Behörde auch weiterhin so viel Verständnis für die Bedürfnisse unserer Rüstungsindustrie zeigt wie schon bisher, und gar die Begründung, die der Bundesrat seinem jüngsten Beschluß beigegeben hat (zum Beispiel: «Die militärische Rüstung kann ebensosehr dazu beitragen, einen Krieg zu verhindern, als ihn auszulösen. Somit ist es an sich [!] nicht unmoralisch, wenn die Schweiz, unter Beachtung der erwähnten Sicherheitsmaßnahmen, Kriegsmaterial an andere Staaten ausführt»), diese Begründung ist derart kläglich und fadenscheinig, daß sie einer sachlichen Prüfung keine fünf Minuten standhält. Aber

die Interessenten unserer Rüstungsindustrie, die schließlich auch gelebt haben muß (wenn schon andere dafür sterben müssen), können immerhin mit ihrem Bundesrat zufrieden sein!

Wir unsererseits werden inskünftig den Kampf noch ausgesprochener und grundsätzlicher gegen den Rüstungsaberglauben überhaupt führen müssen. Und die Lage, wie sie durch den Abschluß des Atlantikpaktes entstanden ist, sollte uns wirklich die ganze *Unsinnigkeit, ja Lebensgefährlichkeit der schweizerischen Rüstungspolitik* aufs neue zum Bewußtsein bringen. Denn alle Aufrüstung Westeuropas, mit oder ohne amerikanische Hilfe, mit oder ohne Wiederbewaffnung Deutschlands, wird ja — wir suchen das in der Weltrundschau immer wieder zu zeigen — nicht die *Sicherheit* der beteiligten Staaten erhöhen, sondern nur die internationale *Unsicherheit* vermehren und vielleicht gerade den Krieg herbeiführen, den man zu verhindern trachtet. Wenn es aber wirklich zu der gefürchteten Katastrophe käme, so wäre nach ziemlich allgemeiner Ansicht der Militärs und Politiker Westeuropa bis zum Atlantik und bis zu den Pyrenäen, also auch die Schweiz, militärisch unhaltbar, und es würde auf jeden Fall zur «Befreiung» der russisch besetzten Länder ein mörderisches, allzerstörendes Ringen anheben, das der Schweiz die Lebensmöglichkeit auch dann nähme, wenn sie sich — unwahrscheinlicherweise — dem Krieg dank ihrer Armee fernzuhalten vermöchte. Sagen wir es zum hundertsten Mal und machen wir es unserem Volk immer eindrücklicher klar: Nicht Beteiligung am internationalen Auf- und Wetrüsten für einen möglichen Krieg wird die Schweiz retten, sondern nur der Einsatz aller moralischen und materiellen Kräfte, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern — und dazu gehört die militärische Abrüstung gegen außen ebenso sehr wie der sozialistische Aufbau und die Schaffung eines wahrhaft freiheitlichen Volksstaats im Innern. Die *falsche Landesverteidigung*, in die wir uns jetzt immer stärker verkrampfen, verhindert uns aufs verhängnisvollste an der *rechten Landesverteidigung*, die noch immer möglich ist und auf die allein wir unser Vertrauen setzen können.

**Die Reaktion im Sattel** Wie böse es mit der Begründung einer sozialen Demokratie, dieser Lebensbedingung einer wirklichen Eidgenossenschaft, bestellt ist, lehrt freilich sozusagen jeder Tag aufs neue. Die Wahlen der letzten Zeit haben nicht nur überall, neuerdings besonders in der Waadt und in Neuenburg, die Partei der Arbeit schwer zurückgeworfen, sondern meistens — namentlich im Wallis, im Aargau und teilweise auch im Thurgau — ein Abbröckeln auch der sozialdemokratischen Front erzeugt, die doch vom Zerfall der PdA eigentlich hätte in erster Linie profitieren sollen. In Wirklichkeit sind fast durchweg vor allem die bürgerlichen Parteien gestärkt worden, als Folge der allgemeinen Versteifung der sozialkonservativen, ja reaktionären Kräfte und der patriotischen Treibjagd gegen die Kommunisten im besonderen, an der sich verblendeterweise auch viel zu viele Sozialdemokraten mit ihrem Kampf gegen die «russische Expansionspolitik» und ihrem höchst einseitig nur das Negative am Sowjetregime und an den östlichen Volksrepubliken herauskehrenden Antikommunismus beteiligen, anscheinend nicht merkend, wie sehr sie damit das Manöver des besitzenden Bürger- und Bauerntums begünstigen, das in der ganzen Welt darauf ausgeht, durch Erregung einer Bolschewikipanik das Kommen des Sozialismus zu hintertreiben. Man konnte dieses Manöver bei uns unlängst besonders gut studieren anlässlich der gehässigen Hetze gegen Léon Nicole und die PdA wegen ihrer Erklärungen zur Frage des *Widerstandes* gegen einen amerikanisch-westmächtlichen *Krieg mit der Sowjetunion*, obwohl sich diese Erklärungen aus guten Gründen überhaupt nicht auf die Schweiz bezogen, von der auch unsere Kommunisten kaum annehmen, sie werde sich mit Mächten verbünden, die einen Angriffskrieg führen. Wie sich unsere Arbeiterschaft zu verhalten habe, wenn etwa die Rote Armee an den Grenzen der Schweiz auftauchen sollte, darüber hat die Leitung der PdA jedenfalls nichts gesagt. Man konnte das antikommunistische Manöver aber auch im Zusammenhang mit dem *Prozeß Woog* sich entwickeln sehen, der niemals so sensationell aufgebauscht und so peinlich scharfmacherisch geführt, vielleicht sogar überhaupt nicht eingeleitet worden wäre, wenn das gleiche Vergehen, dessen sich der Kommunist

Woog und seine Mitangeklagten schuldig gemacht haben, von gut bürgerlich-vaterländisch gesinnten Damen und Herren begangen worden wäre; die — sagen wir einmal: höchst diskrete Art und Weise, wie beispielsweise die seit Monaten schwebende große Devisenschiebungs- und Urkundenfälschungsaffäre behandelt (oder nicht behandelt) wird, in die eine Menge Amts- und Würdenträger mit hohen und höchsten Verbindungen verwickelt sind, sollte doch eigentlich auch dem naivsten Eidgenossen einiges zu denken geben und ist auf alle Fälle wenig geeignet, die Anhänger der PdA davon zu überzeugen, daß im Falle Woog nur unparteiischer Rechtssinn zu Gerichte gesessen und die Anklage inspiriert habe.

Wie fest sich die Reaktion im Sattel fühlt, ist schließlich besonders auch aus dem Schicksal ersichtlich, das sie der *Bundesfinanzreform* zu bereiten entschlossen ist. Der Ständerat, in dem die katholischkonservativ-rechtsfreisinnig-welschbürgerliche Allianz führt, hat ja in der letzten Parlamentssession nicht nur die direkte Bundessteuer und damit die Inkraftsetzung einer halbwegs vertretbaren Finanzreform auf Anfang 1950 unmöglich gemacht; er droht auch, in Verbindung mit den rückschrittlichen Kräften des Nationalrats, die nun notwendig gewordene Übergangsordnung, statt durch Volksabstimmung, durch bundesrätlichen Vollmachtenbeschluß, also auf verfassungs- und demokratiewidrigem Wege, durchzwingen zu lassen. Das sind die Leute, die sich dann vor dem Volk als Verteidiger der Freiheitsrechte gegen die Kommunisten aufspielen! Es liegt im übrigen auf der Hand, daß mit demjenigen Ständerat, den wir jetzt genießen, auf alle absehbare Zukunft nichts Ordentliches anzufangen ist. Ob es gelingen wird, seine Zusammensetzung in zwei Jahren von Grund auf zu ändern, muß bezweifelt werden; man wird sich daher aufs neue überlegen müssen, wie bei einer Totalrevision der Bundesverfassung, die uns die Ereignisse früher oder später aufzwingen werden, die Wahlart der Ständevertretung in einer Weise umgestaltet werden kann, daß die zweite Kammer nicht der böartige Radschuh des sozialen und politischen Fortschrittes bleibt, der sie jetzt ist. Und noch eines muß im Blick auf die Leidensgeschichte der Bundesfinanzreform gesagt werden: Die Anwesenheit eines Sozialdemokraten im Bundesrat, und sei er noch so geschickt und standfest, hat der Arbeiterschaft bei weitem nicht den Nutzen gebracht, den man ihr davon versprach; neben den bescheidenen, oftmals zweifelhaften Vorteilen, die ihr daraus erwachsen sind, stehen die unzweifelhaften Nachteile, die sie gerade bei der Bundesfinanzreform hat in Kauf nehmen müssen, steht namentlich auch die unerträgliche Belastung durch die Mitverantwortung für die Sünden des Regimes, unter der die Sozialdemokratie jetzt seufzt. Alle «staatsmännische» Nachgiebigkeit, alle helvetische Kompromißbereitschaft hat der Sozialdemokratischen Partei schließlich nichts geholfen, ja wahrscheinlich ihre Verhandlungsposition gegenüber den hartgesottenen Gegnern jedes gerechten Lastenausgleichs eher geschwächt und auf jeden Fall ihre moralische Stellung vor dem Volke geschädigt. Hoffentlich werden daraus wenigstens hintendrein — denn *nach* der Tat hält ja der Schweizer Rat — die rechten Lehren gezogen!

27. April.

Hugo Kramer.

## MITTEILUNGEN

### *Bitte an unsere Zürcher Freunde*

Für die am 18. und 19. Juni stattfindende Jahresversammlung der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege» benötigen wir für die Nacht vom Samstag auf den Sonntag *Freiquartiere* für auswärtige Teilnehmer. Wir bitten diejenigen unserer Freunde, die solche zur Verfügung stellen können, dieses möglichst bald der Administratorin, Fräulein B. Wißig, Schimmelstraße 7, zu melden. Zum voraus besten Dank!

### *Jahresversammlung der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege»*

Am Samstag, dem 18. und Sonntag, dem 19. Juni 1949, findet unsere diesjährige Jahresversammlung statt. — *Program*: Samstag, 20 Uhr: Eröffnung und Refe-